



taz ♦ donnerstag 17. oktober 2019

Zehn junge Journalist*innen aus Myanmar, Kambodscha und Malaysia hat die taz Panter Stiftung nach Berlin eingeladen. Wir haben mit ihnen u. a. über Pressefreiheit und die taz-Genossenschaft gesprochen. Sie haben diese Beilage zu den Herausforderungen der Nachbarschaft zum aufstrebenden China produziert

taz akademie



Neureiche Chinesen verderben den guten Ruf

Tourist in der China-Town von Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur vor einer Installation zum Mondfest
Foto: Lim Huey Tang/Reuters

Kommentar von **Wai Mar Naing** zum chinesischen Einfluss in Myanmar

Myanmar darf sich nicht von China abhängig machen

Obwohl Myanmars Regierung viele Wirtschaftsreformen durchführt, wirken sich innenpolitische Konflikte und die schlechte Infrastruktur auf Politik und Gesellschaft aus. China spielt als größter ausländischer Investor eine zentrale Rolle, weil Myanmars Beziehungen zu westlichen Staaten als Folge der gewaltsamen Vertreibung der Rohingya eingefroren sind. Deshalb ist Myanmar immer engere Verbindungen mit China

Chinas Politik und Wirtschaft profitieren in Myanmar von dessen Rohingya-Krise

eingegangen. Das geht mit wachsender Abhängigkeit einher. Die Volksrepublik kann so infolge der Rohingya-Krise ihre wirtschaftliche Dominanz in Südostasien ausbauen. Denn anders als Europa und die USA kritisiert China Myanmars Innenpolitik nicht.

Diplomatische Beziehungen zwischen China und Myanmar bestehen schon seit den frühen 1950er Jahren. Man kann das Verhältnis beider Staaten „brüderlich“ nennen. Beide pflegen diese Beziehung, China hat nicht nur wirtschaftlich in Myanmar investiert, sondern unterhält auch gute Beziehungen zu den Organi-

sationen der (bewaffneten) ethnischen Minderheiten im Land und will so den Friedensprozess vorantreiben. Doch stehen für Peking ökonomische Interessen im Mittelpunkt. Myanmar hat viele natürliche Ressourcen, die für China attraktiv sind.

Myanmar ist zudem strategisch gut gelegen zwischen China, Indien, den Asean-Staaten und anderen internationalen Märkten durch seine Häfen am Golf von Bengalen und der Andamanensee. In Chinas Belt and Road Initiative (BRI), dem auch als neue Seidenstraße bekannten Prestigeprojekt von Staats- und Parteichef Xi Jinping, spielt Myanmar geografisch eine Schlüsselposition genau wegen seiner Brückenfunktion zwischen Südasiens, Südostasien, dem Indischen Ozean und der westchinesischen Provinz Yunnan.

Doch Chinas wachsende Macht kann sich in Myanmar auch negativ auf den Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft auswirken. Chinas Interessen liegen vor allem in der Sicherheitspolitik, bei Handel und Rohstoffextraktion sowie in politischer Einflussnahme. Deswegen sind Chinas Kredite für Myanmar mit großer Vorsicht zu behandeln. Myanmars Regierung sollte vermeiden, sich zu stark von einem einzigen Handelspartner und Investor abhängig zu machen und sollte Pekings Einfluss auf die Innenpolitik kritisch bewerten.



Wai Mar Naing, 26, ist Moderatorin und Reporterin beim Myanmar International TV in Yangon.

Nach Kambodscha zogen früher viele arme Chinesen, die hart arbeiteten. Heute kommen Neureiche mit schlechtem Benehmen

Von **Sun Sokhen**

Kambodschanische und chinesische Führungskräfte haben sich in den letzten Jahren als umfassende strategische Partner und Brüder mit gemeinsamen Interessen und gemeinsamer Zukunft bezeichnet. Dies wurde durch den jüngsten Zuzug chinesischer Migranten nach Kambodscha untermauert. Es gibt positive wie negative Berichte kambodschanischer Medien über chinesische Migranten. Aber die negativen überwiegen. Bei der Gründung der kambodschanisch-Chinesischen Journalistenvereinigung im Mai sagte Zuo Weinxin, ein Berater der chinesischen Botschaft, die Vereinigung solle positive Nachrichten über China und seine Beziehungen zu Kambodscha verbreiten.

Nur wenige Berichte zitieren Chinesen, die schon seit Generationen in Kambodscha leben. Wie sehen sie den heutigen Zustrom neuer Migranten? Die 40-jährige Bunthorn Vorleak, deren Großvater aus China stammt, sagt, sie sei früher stolz gewesen, chinesische Vorfahren zu haben. Ihr Großvater habe für die Khmer-Familie seiner Frau gearbeitet und sei wegen guten Benehmens und harter Arbeit zum Schwiegersohn auserwählt geworden. „Früher schätzten kambodschanische Eltern Chinesen. Sie haben ihre Töchter mit chinesischen Männern verheiratet, weil sie diese für gute Geschäftsleute und für klüger hielten.“ Doch inzwischen habe sich die Wahrnehmung der Chinesen

wegen des Verhaltens der Neuankömmlinge dramatisch verändert. „Einige Neuankömmlinge sind unhöflich und gewalttätig und achten keine Gesetze. Sie verhalten sich anders als mein Großvater. Wollte ein Chinese heute meine Tochter heiraten, wäre ich dagegen.“

Der chinesischstämmige Politikanalyst Lao Mong Hay stimmt zu. Früher hätten nach Kambodscha eingewanderte Chinesen trotz ihrer Armut eine hohe Moral gehabt. Sie hätten hart gearbeitet, um ihren Familien Geld zu schicken. Und sie hätten sich an die Khmer angepasst, um in Harmonie zu leben. „Doch die Chinesen, die heute kommen, sind schon reich. Sie kommen als Investoren und bleiben meist unter sich. Sie haben nur geschäftlichen Kontakt zu Einheimischen, aber mit denen keinen kulturellen und sozialen Austausch.“

Sophal Ear, kambodschanisch-amerikanischer Politikwissenschaftler und Autor des Buches „Hilfsabhängigkeit in Kambodscha: Wie ausländische Hilfe die Demokratie untergräbt“, meint, jeder solle nach seiner Person und nicht nach ethnischer Zugehörigkeit beurteilt werden. Sophal, der ethnischer Chinese ist, sagt aber auch: „Der neue Reichtum, der Materialismus, die Grobheit und mangelndes kulturelles Verständnis vieler Chinesen führen zu Problemen.“

Laut dem Innenministerium in Phnom Penh lebten 2018 mehr als 210.000 chinesische Staatsangehörige in Kambodscha, das sind 50 Prozent mehr als 2017.



Sun Sokhen, 27, ist Nachrichtenredakteur beim Cambodian Center for Independent Media/Voice of Democracy in Phnom Penh.

Reißerische Berichte

In Kambodschas Medien schneiden die zuwandernden Chinesen schlecht ab

Von Kong Meta

Der Journalist Plong Vichet fing vor zehn Jahren bei einer großen chinesischen Zeitung in Kambodscha an. Mit Leidenschaft für seine Arbeit und dem Wunsch, selbst Chef zu sein, gab er im Januar 2018 seinen Job bei der chinesischen *The Cambodia News* auf und gründete die chinesischsprachige Nachrichtenwebsite *Cambodia China Daily*.

„Ich habe gesehen, wie die Beziehungen zwischen beiden Ländern immer enger wurden“, sagt er. „Uns fehlen doch Informationen und die Nachrichten sind so schnell. Wir möchten Online-Nachrichten liefern, denen die Menschen vertrauen können. Denn wir sehen den Bedarf.“ Laut Kambodschas Rat für Entwicklung stiegen die Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen zwischen 2015 und 2016 von 18,62 auf 27,53 Prozent.

Laut Vichet handeln seine chinesischsprachigen Nachrichten hauptsächlich von Tourismus, sozialen Fragen und der Politik in Kambodscha. Zehn Reporter produzieren täglich rund 18 Artikel. Seine Leser seien hauptsächlich Chinesen, die in Kambodscha leben sowie einige aus Hongkong, Macao und Singapur. „Wir liefern detailliertere Nachrichten als andere Khmer-Publikationen.“

Laut Phos Sovann, Sprecher des kambodschanischen Informationsministeriums, sind dort acht chinesischsprachige Medien registriert: fünf Zeitungen, zwei Zeitschriften und ein Newsletter. Sechs chinesische Nachrichtenagenturen sind ebenfalls in Kambodscha tätig. Einige Khmer-Medien versuchen, ihre Berichterstattung in chinesischer Sprache auszuweiten“, sagt er.

Sovann äußert sich besorgt über die antichinesische Stimmung in Kambodscha durch lokale und soziale Medien. Der Schwerpunkt ist hierbei die Provinz Siهانoukville um die gleichnamige Stadt. Reun Chhwin, 20, ist dort Tuk-Tuk-Fahrer. Er zog vor zehn Monaten dorthin und sagt, dass er sich per Facebook informiert und schon viele negative Berichte über Chinesen gelesen hat. Doch habe er auch selbst schlechte Erfahrungen gemacht. „Vor ein paar Tagen hörte ich ein sehr lautes Geräusch, als ich mein Tuk-Tuk am Straßenrand parkte. Es klang wie ein Schuss. Dann las ich in den Tagen darauf Berichte bei Facebook, dass Chinesen mit Khmer-Sicherheitsleuten zusammengekommen sind und sie geschossen haben.“ Doch er differenziert. „Es gibt unter Chinesen gute wie schlechte Menschen. Doch einige der in Siهانoukville lebenden Chinesen sind sehr unheimlich.“ Ihre Fahrweise liefern detailliertere Nachrichten als andere Khmer-Publikationen.“

Koem Soeun Soth, der seit zehn Jahren als Journalist arbeitet, berichtet, der Zuzug chinesischer Migranten schaffe Probleme. „Da so viele Chinesen kommen, muss es auch zwangsläufig mehr Probleme geben. Zum Beispiel Verkehrsunfälle, Glücksspiele, Straftaten und Drogenprobleme in den Spielcasinos, die diese Vorfälle verursachen“, meint der 31-jährige. „Die Schlagzeilen der Medien betonen, wenn es um Chinesen geht, denn dies verschärft größere Aufmerksamkeiten.“

Ministeriumssprecher Sovann sagt, über Chinesen würde sehr vorurteilnehmend berichtet. Das Ministerium werde demnächst eine Studie über verfälschte Nachrichten durchführen, einschließlich reißerischer Berichte über Chinesen. „Die Berichterstattung wird manipuliert, um Chinesen schlecht aussuchen zu lassen oder um die Situation in Kambodscha zu verfälschen“, sagt er. „Etwas in einem Artikel, der behauptet, Chinesen kämen, um Einheimischen in Siهانoukville Jobs wegzunehmen.“

Er ergänzt: „Wir sind sehr besorgt über solche Berichte. Wir fürchten, dies könne zu Nationalismus und Extremismus führen. Das schürt Hass, beeinträchtigt die Beziehungen zwischen beiden Ländern und kann Menschen verwirren.“ Der Journalist Vichet verweist darauf, dass Chinesen nicht wie die Kambodschaner das amerikanische Facebook nutzen, sondern das chinesische WeChat. Das erschwere die Kommunikation miteinander.



Kong Meta, 31, ist freie Journalistin in Phnom Penh. Zuvor schrieb sie u. a. für die Phnom Penh Post.



Die Volksrepublik China hilft auch: Kambodschanische Soldaten verladen Hilfsgüter aus China auf dem Flughafen der Hauptstadt Phnom Penh im Oktober 2011. Foto: Samrang Pring/Raupost

Glücksspielverbote und Warnungen vor Chinas Militärbasen

Die kambodschanische Regierung will lieber nicht mehr so eng mit der Volksrepublik China liiert erscheinen

Von Aun Chhengpor

Kambodschas Außenpolitik ist in den letzten Jahren stark von Peking beeinflusst worden. Die Offenheit gegenüber Chinas politischen und wirtschaftlichen Einflüssen sowie die Unterstützung von Pekings Anliegen – von Xinjiang, Hongkong, dem Gebietstreit im Südchinesischen Meer bis hin zu Donald Trumps Handelskrieg – sind klare Beweise dafür.

Kambodscha hilft die chinesische Unterstützung der Regierung dabei, ihr Ansehen zu verbessern. Denn die Regierung ist mit Sanktionen der USA und der EU wegen Phnom Penhs drastischer Einschränkungen der Pressefreiheit, der Zivileinschließung und der politischen Parteilichkeit konfrontiert. Kambodscha ist das einzige von Einnahmestandarden, in dem die seit Jahrzehnten regierende Volkspartei zwischen sämtliche 125 Sitze der Nationalversammlung kontrolliert.

Kambodschas Umarmung durch China wird jedoch sehr genau beobachtet. Peking wird vorgeworfen, in dem südostasiatischen Staat eine Militärbasis anzustreben. Dies würde gegen die kambodschanische Verfassung verstoßen. Ein gigantisches Tourismusprojekt, das rund ein Fünftel der kambodschanischen Küste abdeckt, steht im Verdacht, dass dort in Wirklichkeit chinesische See- und Lufttreffpunkte stationiert werden sollen.

Der Umwurf der Bevölkerung über die Abhängigkeit von China ist inzwischen groß und deutlich zu spüren. Kambodschanen denken wehmütig an die beliebte Küstenstadt Siهانoukville, die jetzt voller chinesischer Unternehmen, Hotels und Spielcasinos ist. Doch Unmut der Bevölkerung und der Druck des Westens, Chinas Einfluss zu begrenzen, sind nicht wirkungslos. So verschärft Kambodschas Regierung die Einreisebestimmungen und verhängte ein Beschäftigungsverbot für ausländische Einwanderer in einfachen Jobs. Auch in Kambodscha ist das nicht zu übersehen. Die Regierung verhängte auch ein Verbot von Online-Glücksspielen. Diese betreiben vor allem Neuankommene aus China. Und jetzt soll ein neuer Gouverneur die Probleme von Siهانoukville lösen.

Kambodscha Regierung stellt auch ihre Beziehungen zu China anders dar, um im In- und Ausland einen besseren Eindruck zu machen. Obwohl Kambodscha von Washington vorgeworfen wird, eine Militärpräsenz Chinas zuzulassen, was aus US-Sicht die regionale Sicherheit gefährden könnte, versucht die Regierung in Phnom Penh das Vertrauen ihrer westlichen Partner zurückzugewinnen. So nahm der Stabschef der königlich kambodschanischen Streitkräfte, General Hui Sarath, kürzlich in Bangkok an einem von den USA geführten indo-pazifischen Militärforum teil. Dabei hat er seine amerikanischen, britischen und australischen Kollegen anzuregen. Dies würde gegen die amerikanische Neutralität zwischen ihren Ländern und China fest, wenn es um Sicherheit und Außenpolitik geht.

Das ist für die Hälfte der Gesamtschulden der kambodschanischen Regierung in einem Brief an den kambodschanischen Verteidigungsminister verwies der US-Viszeminister John Feltner auf eine Recherche des *Washington Journal*. Demnach sollte das Gebiet um Siهانoukville zur chinesischen Militärbasis werden.

Premierminister Hun Sen widerspricht dem Bericht. Es gebe keine Grund, die Anwesenheit ausländischer Truppen auf Kambodschas Territorium zu genehmigen. Er glaube zudem, dass Kritik an chi-



100 km THAILAND LAOS VIETNAM KAMBODSCHA Siهانoukville Battambang Phnom Penh Siهانoukville Golf von Thailand KAMBODSCHA

Kambodscha

Konstitutionelle Monarchie
König Norodom Siهانmoni seit 2004
Regierung autoritäre Scheide-mokratie, Ministerpräsident Hun Sen registriert seit 1985
Antwortsprache Khmer
Bevölkerung 16,2 Mio. In Prozent: Khmer 97, Cham 1,2, Vietnamesen 0,1, Chinesen 0,1
Religion in Prozent: Buddhisten 96,9, Muslime 1,9, Christen 0,4

Pro-Kopf-BSP 4.000 US-Dollar
Arbeitsrate 16,5 Prozent
ROG-Rangliste der Pressefreiheit 2019 143 (2018: 142)
190 Staaten
Verhältnis zu China Handelspartner. Investitionen: China ist der größte ausländische Investor. Touristen: Chinesen sind die größte ausländische Besuchergruppe.

Angst vor einer Schuldenfalle Chinas

Kambodscha könnte ein ähnliches Schicksal erleiden wie Sri Lanka, das bereits Höhere Rechte an China abtreten musste

Von Ith Serey Vaddhanak

In den letzten Jahren hat China seinen Einfluss in Asien und Afrika stark ausgeweitet. Auch in Kambodscha. Sie helfen, die Region um Siهانoukville wirtschaftlich zu stärken. Aber die liberale Oppositionspolitik Sam Rainsy und Premierminister Hun Sen streiten längst über Chinas Wirtschaftliche Einflussnahme. Ende 2018 beliefen sich Kambodschas Schulden gegenüber China auf 4 Milliarden US-Dollar. Das entspricht laut Regierung 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und mehr als die Hälfte der Gesamtschulden des Landes im Ausland. Im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative (BRI), auch als neue Seidenstraße bekannt, investiert Peking Milliarden in Kolonnenfonds und vergibt große Kredite auch an Kambodscha.

Wie problematisch das ist, wird am Beispiel von Siهانoukville, deutlich. Kambodscha einzigem Tiefwasserhafen. In einem Brief an den kambodschanischen Verteidigungsminister verwies der US-Viszeminister John Feltner auf eine Recherche des *Washington Journal*. Demnach sollte das Gebiet um Siهانoukville zur chinesischen Militärbasis werden. Premierminister Hun Sen widerspricht dem Bericht. Es gebe keine Grund, die Anwesenheit ausländischer Truppen auf Kambodschas Territorium zu genehmigen. Er glaube zudem, dass Kritik an chi-



Ith Serey Vaddhanak, 22, ist Journalist und Trainer beim Women's Media Center Radio in Phnom Penh.

Der Rassismus soll von politischen Krisen ablenken

In Myanmar sind die meisten Opfer von Rassismus chinesischer oder indischer Abstammung oder muslimischen Glaubens

Von Kyaw Soe

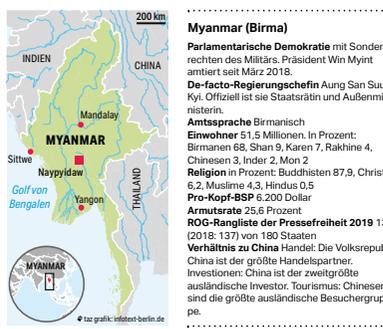
In Myanmar Geschichte ist es immer dann zu größeren rassistischen Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen gekommen, wenn es politische oder ökonomische Krisen gab. Doch die rassistischen Konflikte entstanden nicht von selbst. Sie wurden vielmehr von politischen, religiösen und ethnischen Machthabern bewusst geschürt, da sie sich dazu von Vorteilen versprechen. Seit einiger Zeit sind zunehmend Birmesen chinesischer Abstammung, sogenannte Tayoke oder auch Sino-Birmesen, von Diskriminierung betroffen. Viele in Myanmar glauben, dass Chinesen den Handel und die Geschäftswelt im Land dominieren.

Nachdem Myanmar 1948 die Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft erlangte, gab es 1967 eine Reihe antichinesischer Aufstände, besonders in größeren Städten. Dabei wurden Geschäfte von birmesischen Chinesen zerstört und viele Sino-Birmesen getötet. Der Aufstand geschah während der sozialistischen Militärdiktatur von Ne Win. Nachdem viel Privatigentum verstaatlicht worden war, war Myanmar mit einer großen Wirtschaftskrise konfrontiert. Viele Menschen hungerten. Die Bevölkerung war unzufrieden mit der Diktatur.



Kyaw Soe, 34, ist Mitgründer und Mitbesitzer von Myanmar Daily Online. Er ist in Ostern von Myanmar.

Diskriminierung wird gezielt eingesetzt von Menschen, die politisch, sozial oder ökonomisch von einem Konflikt profitieren könnten. Zugleich lenkt dies von anderen politischen Krisen ab – von Bürgerkriegen, der brutalen Verfolgung der Rohingya oder auch den möglichen Gefahren chinesischer Investitionen. Es ist wichtig, sich dieser Strategien bewusst zu sein und zu erkennen, warum gezielt versucht wird, rassistische Konflikte zu schüren. Die Verfolgung der Rohingya ist nach wie vor ein drängendes Problem unserer Gesellschaft. Mit Blick auf die Zukunft müssen wir uns fragen: Wie können wir Minderheiten davon schützen, Opfer von Rassismus zu werden, wenn die Regierung von Krisen ablenken will?



Myanmar (Birma) **Parlamentarische Demokratie** mit Sonderrechten des Militärs. Präsident Win Myint amtiert seit März 2018. **De-facto-Regierungschef** Aung San Suu Kyi. Offiziell ist sie Staatsrätin und Außenministerin. **Antwortsprache** Birmanisch **Einkommen** 5,15 Milliarden. In Prozent: Birmanen 68, Shan 9, Karen 7, Rakhine 4, Chinesen 3, Inder 2, Mon 2 **Religion** in Prozent: Buddhisten 87,9, Christen 6,2, Muslime 4,3, Hindus 0,5 **Pro-Kopf-BSP** 6.200 Dollar **ROG-Rangliste der Pressefreiheit** 2019 138 (2018: 137) von 190 Staaten **Verhältnis zu China** Handelspartner. Investitionen: China ist der zweitgrößte ausländische Investor. Touristen: Chinesen sind die größte ausländische Besuchergruppe. **Phyo Htet Aung**, 25, ist Videojournalist beim Myanmar National TV in Yangon.

Illegale Ehen

Im Norden Myanmars gibt es nicht nur viele Investoren aus China, sondern werden auch Frauen ins Reich der Mitte verkauft

Von Naw Betty Han

Myanmars Wirtschaft ist in hohem Maße auf Kapital aus China angewiesen, ganz zu schweigen von den vielen Menschen und Gütern, die das gebirgige Grenzgebiet überqueren. Oft vergessen werden die vielen Verbindungen im Alltag zwischen Südostasien und seinem riesigen Nachbarn. Chinas ist überall, auch in Myanmar. Bestes Beispiel dafür ist Myanmars zweite Hauptstadt namens Mandalay, 1859 von König Mindon gegründet. Die Stadt war damals als Yadanabon Naypyidaw bekannt, als königliche Stadt der Juwelen; 1984 zerstörte oder beschädigte dort ein Großbrand mehr als 3.000 Gebäude. Die Regierung öffnete die Stadt daraufhin für chinesische Investoren, die einen Großteil der Ruinen von Birmesen aufkauften, die kein Geld für den Wiederaufbau hatten.

Seitdem hat sich Mandalay sehr verändert. Es ist heute eine China-Town, in deren Innenstadt überall chinesische Gebäude stehen; Zau Lin, der in Mandalay wohnt. Laut dem Bürgerungsamt der Region Mandalay werden in der Stadt derzeit über 127 Chinesisch-Sprachkurse angeboten. „Mit Chinesischkenntnissen ist es einfach, in Mandalay einen Job in chinesischen Unternehmen zu bekommen“, sagt der Beamte Kyaw Myo Thu. Auch in Myanmar Grenzstädten zu China ist der kulturelle Einfluss der Volksrepublik stark gewachsen. So zieren chinesische Tempel die mit chinesischem Kapital gebauten Einkaufszentren. Chinesische Bräuche dominieren auch die wachsende Zahl der Ehen zwischen birmesischen Frauen und chinesischen Männern. Dies beobachtet Einheimische mit Argwohn. „Illegale Ehen mit minderjährigen lokalen Mädchen werden bei Chinesen immer beliebter. Wir bekämpfen dies mit dem Gesetz gegen Menschenhandel“, sagt Myanmars dafür zuständiger Polizeichef Aung Win Oo. Chinas Investitionen in Myanmar seien willkommen, aber solche Phänomene seien besorgniserregend. Im laufenden Jahr wurde bereits gegen 371 Menschenhandlungen vorgegangen, in mehr als 200 Fällen sei es dabei um minderjährigen-Birmesinnen gegangen, die mit Männern aus China verheiratet wurden.



Naw Betty Han, 26, ist Reporterin beim englischsprachigen Frontier Magazin in Yangon.

Myanmars Regierung beteiligt sich an Chinas Seidenstraßeninitiative (Belt and Road Initiative – BRI). China hat großen wirtschaftlichen Einfluss auf Myanmar und ist inzwischen größter ausländischer Investor sowie größter Handelspartner. Trotz des Unbehagens der Bevölkerung über Chinas wachsenden Einfluss haben die Rohingya-Krise und die Kritik des Westens daran Myanmar noch stärker zu China herantreiben lassen. Auch hat die Zahl chinesischer Touristen im ersten Halbjahr 2019 dank gelockerter Visabestimmungen um fast 200.000 zugenommen.



Chinesische Touristen im Maha Bandula Park vor dem Rathaus von Yangon. Foto: Phyo Htet Aung

Wie Chinas Zero-Budget-Tourismus uns schadet

Myanmars Tourismusindustrie leidet unter dem Boom billiger chinesischer Pauschalangebote. Für die Einheimischen ist das ein schlechtes Geschäft

Von Phyo Htet Aung

Der pauschale sogenannte Zero-Budget-Tourismus aus China hat in Myanmar stark zugenommen – besonders seit Visa bei der Einreise erhältlich sind. Branchenexperten besorgte diese Entwicklung. Denn sie glauben, dass diese Art von Billigtouristen sich negativ auf Myanmars gesamte Tourismusindustrie auswirken. Fast 386.000 TouristInnen aus China besuchten Myanmar allein im Juli 2019 – 151 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

Zugleich hat die Krise nach der Verteilung der Rohingya aus Myanmar dafür gesorgt, dass die Besucherzahlen aus westlichen Staaten stark eingebrochen sind. Um gegenzusteuern erließ die von Aung San Suu Kyi geführte Regierung am 1. Oktober 2018 eine neue Visaregierung für chinesische Reisende. Seitdem organisieren chinesische Unternehmen verstärkt diese Zero-Budget-Reisen. Das bedeutet konkret: Hotelübernachtungen, Restaurantessen und Besuche von Sehenswürdigkeiten werden alle zu vorher festgelegten niedrigsten Preisen arrangiert. Vor Ort kann dann nicht mehr in Geschäften eingekauft werden, die nicht ausdrücklich zum vorher gebuchten Paket gehören. Stattdessen werden die chinesischen Reisegruppen dann zum Beispiel in überbelegte Edelrestaurants gelotet. „Die verkaufen da jede im Wert von 10 US-Dollar zum Preis von 100“, erzählt Sai Soe Han, eine lizenzierte chinesischesprachige Reiseleiterin. Diese Geschäfte müssen den TouristInnen Kommissionen zahlen.

Der Vorsitzende der Myanmar Tour Guides Association, Aung Tun Lin, kritisiert, dass Myanmar bei dieser Form des Pauschalismus nicht die üblichen Steuern und Einkünfte von den Reisegruppen erhält. „Die Ausgaben der chinesischen Touristen fließen vielmehr direkt zurück an chinesische Unternehmen“, sagt Aung Tun Lin. Das Problem der Zero-Budget-Touristen ist dem Ministerium für Hotels und Tourismus bekannt, es sei aber „nicht möglich“ unter geltendem Recht dagegen vorzugehen. „Es gibt bereits einen Ausschuss, der sich mit Fragen im Zusammenhang mit chinesischen Touristen beschäftigt“, sagt ein Ministeriumsbeamter, der anonym bleiben möchte.

Laut Aung Tun Lin würden viele Zero-Budget-Touristen von Reiseleitern aus Lizenz geführt. Das könne dazu führen, dass Myanmars Geschichte nicht korrekt erklärt werde. Das könnte der Tourismusindustrie schaden. Wenn sie die Pagoden besuchen und Chinas Geschichte erklären, sind wir nicht sicher, ob die Informationen zu treffen. Wir können es nicht überprüfen.“ Nating Win, Direktor des Ministeriums für Hotels und Tourismus, sieht jedoch keinen Grund, einzuschreiten. Die Situation sei „kontrollierbar“.



Phyo Htet Aung, 25, ist Videojournalist beim Myanmar National TV in Yangon.

Die rassistische Mär vom reichen Chinesen

Chinesischstämmige Malaysier werden systematisch benachteiligt, um ethnische Malaien zu fördern. Das ist ineffizient und wird oft missbraucht

Von **Wong Kai Hui**

Malaysia ist ein multikulturelles Land, in dem ethnische Chinesen 23 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Sie sind damit die zweitgrößte ethnische Gruppe. Die meisten malaysischen Chinesen stammen von Einwanderern ab, die vor Hunderten von Jahren gekommen sind. Die Geschichte malaysisch-chinesischer Geschäftsleute reicht weit vor die Unabhängigkeit von Großbritannien 1957 zurück. In einigen Städten gibt es chinesische Geschäfte, die älter als einhundert Jahre sind.

In den 1920er Jahren wurde die Vereinigte Chinesische Handels- und Industriekammer von Malaysia (ACC-CIM) gegründet. Sie zählt heute über 100.000 Firmen. 1990 wurde die malaysisch-chinesische Handelskammer (MCCC) gegründet, um den Handel zwischen beiden Ländern zu fördern. Wegen der sprachlichen und kulturellen Vertrautheit sowie der langjährigen Geschäftsverbindungen ist Malaysia zu einem bevorzugten Investitionsziel von Unternehmen aus China geworden. Nach Angaben des Ministeriums für internationalen Handel und Industrie ist China seit 2009 einer der größten Han-

delspartner Malaysias und einer der größten ausländischen Investoren. 2018 lag China beim verarbeitenden Gewerbe mit Investitionen von umgerechnet 4,2 Milliarden Euro an erster Stelle. Als Nummer zwei investierte Indonesien mit 1,9 Milliarden Euro nicht einmal die Hälfte davon.

Obwohl Malaysia seit mehr als sechs Jahrzehnten unabhängig ist, scheinen seine Politiker die koloniale Politik des Teile-und-herrsche-Prinzips fortgesetzt zu haben. Dies zeigt sich in der immer noch praktizierten ethnischen Politik. So werden malaysische Chinesen in der Geschäftswelt immer noch

als reich und dominant angesehen. Dieses Bild wird seit Jahrzehnten verwendet, um Ängste unter ethnischen Malaien zu schüren. Dies führte nach den Wahlen von 1969 zu blutigen Rassenunruhen. Ein Jahr später wurde mit der New Economic Policy eine rassensbasierte Politik der positiven Diskriminierung („affirmative action“) eingeführt. Seitdem werden ethnische Malaien bei der Vergabe von Arbeits- und Studienplätzen, Wohnungen, börsennotierten Unternehmensanteilen und öffentlichen Aufträgen bevorzugt.

Die Geschichte hat jedoch gezeigt, dass auf ethnischen Kriterien basie-

rende Maßnahmen zum Beispiel zur Bekämpfung der Armut missbraucht werden und ineffektiv sind. In Malaysia hat Armut mehr mit Klasse als mit Rasse zu tun. So gibt es zum Beispiel „chinesische“ Migranten im Bausektor, die von „chinesischen“ Unternehmern ausgebeutet werden.

Die seit Mai 2018 amtierende neue Regierung hat vorgeschlagen, die Wirtschaftspolitik von einem rassensbasierten auf einen bedarfsorientierten Ansatz umzustellen, um so den Wohlstand aller zu fördern. Bisher wurden im Parlament jedoch noch keine konkreten Vorschläge gemacht.

Malaysia



Konstitutionelle Wahlmonarchie mit Sonderrechten für Muslime. König Abdullah Shah seit Januar 2019. Premierminister Mahathir Mohamad seit Mai 2018
Amtssprache Malaysisch
Einwohner 32 Mio. In Prozent: Malaien 50, Chinesen 23, Inder 7, Indigene 11
Religion in Prozent: Muslime 61, Buddhisten 20, Christen 9, Hindus 6
Pro-Kopf-BSP 29.100 Dollar **Armutsrate** 3,8 Prozent
ROG-Rangliste Pressefreiheit 2019 123 (2018: 145)
Verhältnis zu China Handel: China ist größter Handelspartner. Investitionen: China ist größter ausländischer Investor. Tourismus: Chinesen sind drittgrößte ausländische Besuchergruppe



Yi Yi (Freundschaft) heißt dieser Panda im Zoo von Kuala Lumpur, der Sympathien für China gewinnen soll
 Foto: ap

Die Abhängigkeit wächst

In Myanmar sind von China finanzierte Großprojekte umstritten

Von **Khin Yupar**

Zum Amtsantritt der demokratisch gewählten Regierung von Aung San Suu Kyi im Jahr 2016 hofften viele Menschen in Myanmar auf Investitionen aus westlichen Ländern. Doch kurze Zeit später gab es die Massenvertreibung der Rohingya und die Vereinten Nationen urteilten, dass sich dies am „Rande zum Genozid“ bewege. Daraufhin blieben viele Investitionen aus – jedoch nicht aus China.

Im ersten Halbjahr 2019 investierten Firmen aus China und Hongkong 590 Millionen US-Dollar der 2,35 Milliarden ihrer gesamten Auslandsinvestitionen in Myanmar, berichtete die japanische *Nikkei Asian Review*. Der China Myanmar Economic Corridor (CMEC) gehört zur ambitionierten Seidenstraßeninitiative (Belt and Road Initiative – BRI) der Volksrepublik. 30 Projekte hat China unter dem CMEC vorgeschlagen, neun davon hat Myanmar bereits zugestimmt.

Besonders kontrovers ist der Myitthone-Staudamm in Myanmars nördlichem Kachin-Staat. Die lokale Bevölkerung dort ist mehrheitlich gegen den Dammbau. „Wir fürchten, dass unser Dorf verschwindet. Das Gebiet um Myitthone ist sehr wichtig für unsere Geschichte, unsere Identität und unsere natürliche Ressourcen“, sagt ein Dorfbewohner dort. Laut der Kachin Development Net-

working Group, einer zivilgesellschaftlichen Initiative, die sich für soziale und ökologische Gerechtigkeit einsetzt, müssten für das Projekt 766 Quadratkilometer Land geflutet werden – eine Fläche größer als Hamburg. Das Wasser würde 47 Dörfer verschlucken. 10.000 Menschen würden ihre Häuser und Lebensgrundlage verlieren.

China will weitere 3,6 Milliarden US-Dollar in das noch von der letzten Militärnahen Regierung im Oktober 2011 ausgesetzte Projekt investieren. Doch es regt sich zunehmend Widerstand, auch gegen andere Bauprojekte Chinas in Myanmar.

Nach Protesten von Anwohnern hat Myanmars Regierung den Ausbau der Kunning-Muse-Mandalay-Kyaukphyu Bahnstrecke zunächst vertagt. Die Bahntrasse gehört zu den größten Verkehrsprojekten des Landes und würde nach Meinung ihrer Befürworter Myanmars Infrastruktur erheblich verbessern. Sie soll die südchinesische Provinzhauptstadt Kunming mit Myanmars Tiefwasserhafen Kyaukphyu am Golf von Bengalen verbinden. China will dort weitere 1,3 Milliarden US-Dollar investieren und angeblich 100.000 Arbeitsplätze schaffen. Doch Aktivisten fürchten, dass die Projekte große Schäden für Mensch und Umwelt bedeuten könnten. Ganz zu schweigen von der Angst vor einer chinesischen Schuldenfalle.



Khin Yupar, 34, ist in Yangon Moderatorin und Reporterin des Fernsehens der *Democratic Voice of Burma* (DVB-TV), einem früheren Exilsender.

Jetzt gibt es bessere Geschäfte

Malysias alte Regierung machte mit China schlechte Deals

Von **Wong Kai Hui**

Im Mai 2018 erlebte Malaysia seinen ersten Regimewechsel seit der Unabhängigkeit des Landes 1957. Die von Najib Razak geführte Regierung der „Nationalen Front“ kollabierte und die „Allianz der Hoffnung“ wurde an die Macht gewählt. Najibs Regierung hatte viele große chinesische Infrastruktur- und Immobilienprojekte genehmigt. Er kämpfte mit riesigen Korruptionsskandalen und schien nur noch wenig ausländische Freunde zu haben. Deshalb erschienen das Verhältnis zwischen Malaysia und China vor den Wahlen 2018 besonders eng.

Das Entwicklungsprojekt Forest City im südlichen Johor im Umfang von 100 Milliarden US-Dollar war eines der von Najibs Regierung genehmigten Großprojekte. Auf einer Gesamtfläche von 1.386 Hektar wurden vier künstliche Inseln aufgeschüttet und der Mangrovenwald in Sungai Pulai für einen Golfplatz gerodet. Das Projekt wurde trotz seiner großen Auswirkungen auf die Umwelt genehmigt und ist noch nicht abgeschlossen. Ein weiteres Beispiel ist das Bahnprojekt East Coast Rail Link (ECRL). Es ging aus Chinas sogenannter Neuer Seidenstraße (Belt and Road Initiative) hervor. Najib betonte immer wieder, dass dies Projekt für beide Sei-

ten sehr vorteilhaft sei. Kritiker fürchten jedoch, dass damit nur Verluste aus dem Skandal um den staatlichen Investmentfonds 1MDB verschleiert werden sollten, was Najib und Peking bestritten.

Die neue Regierung nahm sogleich die Ermittlungen zum 1MDB-Skandal wieder auf. Najib wurde in 42 Fällen wegen Machtmissbrauch und Geldwäsche angeklagt. Die Regierung ordnete zunächst die Einstellung des von China finanzierten ECRL-Projekts und zweier Gaspipeline-Projekte im Wert von 1 Milliarde Dollar wurden eingestellt. Die alte Regierung hatte sie genehmigt und bereits 88 Prozent der Kosten bezahlt, obwohl erst 13 Prozent der Arbeiten erledigt worden waren.

Kurz gesagt sieht es so aus, als ob sowohl die vorherige als auch die aktuelle Regierung Peking-freundlich sind und Investitionen aus dem Ausland begrüßen. Die neue Regierung hat aber diplomatische Neutralität zurückgewonnen, was der Souveränität des Landes förderlich ist.



Wong Kai Hui, 25, ist Reporterin der englisch- und chinesischsprachigen Seiten des Online-Nachrichtenportals *Malaysiakini* in Kuala Lumpur.

Die Teilnehmer von links nach rechts: Aun Chhengpor (Kambodscha), Wong Kai Hui (Malaysia), Kyaw Soe (Myanmar), Khin Yupar (Myanmar), Wai Mar Naing (Myanmar), Sun Sokhen (Kambodscha), Kong Meta (Kambodscha), Ith Seray Vaddhanak (Kambodscha), Naw Betty Han (Myanmar) und Phyo Htet Aung (Myanmar).



Impressum

Redaktion/Übersetzungen: Sven Hansen
Mitarbeit: Lin Hiersse
Layout: Nadine Fischer
TeilnehmerInnenfotos: Anja Weber
Grafiken: Infotext

Die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Sonderseiten der taz
 Panter Stiftung mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes



Mit einer Spende viel bewirken!

Spenden Sie jetzt unter www.taz.de/spenden

Auswärtiges Amt